

# Rathaus - Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Montag, 16. Dezember 1963

Blatt 3027

Bürgermeister Franz Jonas:

Die großen Steuerleistungen der Wiener bleiben unbedankt!

=====

Wien muß um Gleichberechtigung kämpfen

16. Dezember (RK) In der Sendereihe "Wiener Probleme" von Radio Wien sprach Bürgermeister Jonas Sonntag, den 15. Dezember, über die Benachteiligung Wiens bei den Bundesstraßen.

Der Bürgermeister führte aus: " Sie erinnern sich, wie ich in meiner Sendereihe schon einige Male darüber gesprochen habe, daß Wien auf dem Gebiete des Straßenwesens im Vergleich zu den anderen Bundesländern schwer benachteiligt ist. In Österreich gibt es 9.262 Kilometer Bundesstraßen, aber nur 15 Kilometer davon, das heißt 0,16 Prozent befinden sich auf Wiener Boden. Diese Einteilung hat zur Folge, daß der Bund nur sehr wenig finanzielle Mittel für die Wiener Straßen aufwendet, obwohl hier, sehr gering geschätzt, mindestens 40 Prozent aller österreichischen Steuern aufgebracht werden. Ich habe das immer als schweres Unrecht und als Benachteiligung Wiens bezeichnet und den Bund aufgefordert, doch endlich eine gerechtere Behandlung Wiens eintreten zu lassen. Ich habe erklärt, daß Wien keine Bevorzugung wünsche, sondern für sich die gleiche Behandlung anstrebe wie die anderen Bundesländer. Ich muß leider berichten, daß meine Bemühungen und die der magistratischen Dienststellen bisher fast ergebnislos geblieben sind.

./.

In der abgelaufenen Woche wurde bei den Budgetverhandlungen im Nationalrat und im Gemeinderat sehr ausführlich über das Problem der Bundesstraßen in Wien gesprochen. In beiden Körperschaften wurden Beschlüsse gefaßt, die nun doch endlich die Diskriminierung Wiens beenden könnten. Wer die jahrelange Vorgeschichte nicht kennt, könnte leicht zu dem Schluß kommen, daß der Wiener Bürgermeister sich um diese Angelegenheiten zu wenig gekümmert habe, und daß der Wiener Magistrat bei der Behandlung aller dieser Fragen nachlässig gewesen sei. Mir liegt deshalb sehr daran, daß Sie und alle Wiener Steuerzahler ausreichend informiert werden, weshalb ich mir erlaube, heute eine kurze Darstellung zu geben.

Der Leidensweg Wiens begann schon vor ungefähr zehn Jahren, als der Wiener Gemeinderat am 18. Juni 1954 einen Antrag beschließen mußte, weil im neuen Bundesstraßengesetz bei der Einfügung der Autobahntrasse Salzburg-Wien überhaupt nicht angegeben war, wo die Autobahn im Raume Wien ihren Anfang nehmen soll. Dadurch entstand sofort die Sorge, daß die Interessen Wiens beeinträchtigt werden könnten und deshalb wurde vom Bund die Weiterführung der Autobahn in das Stadtgebiet gefordert. Weil sofortige Fühlungen der Gemeindeverwaltung mit dem Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau vorerst ohne Erfolg waren, faßte der Gemeinderat sechs Monate später, nämlich am 22. Dezember 1954 den Beschluß, der Wiener Magistrat solle beim Bund alle erforderlichen Schritte unternehmen, um eine Fortsetzung der Westautobahn in das Stadtinnere zu erreichen. Schon im August des gleichen Jahres hatte der Wiener Magistrat als mittelbare Bundesstraßenverwaltung beim Handelsministerium den Antrag gestellt, die vom Bund in völlig unsachlicher Weise bevorzugte Trassenführung über Heiligenkreuz und Vösendorf nicht zu verwirklichen, sondern die Autobahn aus dem Raum Neulengbach direkt nach Wien zu führen. Trotz aller begründeten Argumente der Stadtverwaltung bedurfte es eines jahrelangen und zähen Kampfes, um wenigstens zu erreichen, daß zusätzlich zu der verkehrsmäßig völlig unwichtigen und höchstens für den Ausflugsverkehr interessanten Umfahrungsstraße über Heiligenkreuz, auch die direkte Weiterführung der Autobahn bis zur Stadtgrenze beim Bahnhof zugesichert wurde. Die direkte Trassen-

führung Neulengbach-Wien wird nun doch ausgeführt, aber leider muß der Steuerzahler es auch auf sich nehmen, daß gleichzeitig die Ausflugsstraße über heiligenkreuz mit beträchtlichen Kosten errichtet wird, obwohl sie nach Berechnung der Verkehrsfachleute nur von einem sehr kleinen Teil der aus dem Westen kommenden Fahrzeuge benützt werden wird.

In der Folge bemühte sich die Stadt Wien immer wieder darum, daß die Autobahn nicht an der Stadtgrenze endet, sondern in das Innere der Stadt eingeführt werde. Sie stieß jedoch bei den Bundesstellen dauernd auf Ablehnung. Auch Handelsminister Dr. Bock lehnte die Wünsche Wiens mit Schreiben vom 24. Juli 1959 in konkreter Form ab. Am 23. September des gleichen Jahres habe ich daraufhin in einem Antwortschreiben an den Minister mit allem Nachdruck gegen die ungleiche Behandlung des Landes Wien protestiert und die Unhaltbarkeit der bisherigen Einstellung der Bundesstellen in rechtlicher Hinsicht untermauert. Damals habe ich wieder darauf hingewiesen, daß es unverständlich sei, daß es in Wien nur 15 Kilometer Bundesstraßen gibt, für die der Bund fast nichts aufwendet und somit die großen Steuerleistungen der Wiener völlig unberücksichtigt bleiben.

Im Jahre 1960 wurde eine Neufassung des Bundesstraßenverzeichnisabsichtigt und bei diesem Anlaß habe ich dem Handelsminister neuerlich mit einem Brief vom 1. Februar den Standpunkt der Stadt Wien mitgeteilt und konkrete Pläne unterbreitet, das Bundesstraßennetz in Wien von 15 Kilometer auf 129 Kilometer zu erweitern. Auf dieses Schreiben reagierte das Ministerium nicht, weshalb ich am 13. Februar 1961 wieder nachdrücklichst auf das Recht des Bundeslandes Wien hingewiesen habe, mit den übrigen Bundesländern gleich behandelt zu werden. Um dieser meiner Forderung Nachdruck zu verleihen, hat der Wiener Gemeinderat in seiner Sitzung vom 21. April 1961 in einer Resolution verlangt, daß der Bau von Autobahnen auch in Wien mit aller Beschleunigung vom Bund in Angriff zu nehmen und durchzuführen sei. In dieser Resolution forderte der Gemeinderat die Bundesregierung auf, dafür zu sorgen, daß die diskriminierende Behandlung des Bundeslandes Wien ein Ende finde.

Erst auf Grund dieser massiven und nachdrücklichen jahrelangen Bemühungen erklärte sich der Handelsminister mit Schreiben vom 7. Juli 1961 erstmalig grundsätzlich bereit, einer Weiterführung der Autobahn ins Stadtgebiet näherzutreten zu wollen. In der Folge mußte ich aus technischen Gründen zur Ergänzung meines Briefes vom Jahre 1960 die Erweiterung des Bundesstraßennetzes auf 149 Kilometer beantragen. Meinen diesbezüglichen Brief vom 4. April 1962 beantwortete der Minister am 23. Mai des gleichen Jahres völlig negativ. Er lehnte meinen Antrag auf Übernahme von Wiener Landesstraßen in das Bundesstraßennetz rundweg ab. Er erklärte sich lediglich bereit, zum Ausbau der Hadikgasse von der Grünbergstraße bis zum Auhof und der Wientalstraße im gleichen Abschnitt beizutragen. Mit Schreiben vom 16. August 1962 habe ich dem Herrn Handelsminister die Unhaltbarkeit seiner Antwort klargelegt. Schließlich habe ich nochmals mit Schreiben vom 1. Februar 1963 dem Handelsministerium die Interessen der Stadt Wien mit allem Nachdruck dargelegt und dabei betont, daß wir auf Grund der Bevölkerungsanzahl Wiens, auf Grund der in Wien zugelassenen Kraftfahrzeuge und auf Grund der in Wien aufgebrachtten Steuern endlich eine gerechtere Behandlung erfahren müßten.

Wenn Sie mich nun fragen, warum ich Sie so sehr mit Zahlen und Daten behellige, so betrachte ich es als Notwendigkeit festzustellen, daß die Stadt Wien seit vielen Jahren nichts versäumt hat, um den Bund dazu bewegen, seine Pflicht beim Ausbau eines übergeordneten Straßennetzes in Wien zu erfüllen. Es ist und bleibt unerträglich, daß Wien, wo doch die Straßenbedürfnisse mindestens ebenso dringend sind wie in den anderen Bundesländern und wo relativ die höchsten Steuerbeträge aufgebracht werden, vom Bund völlig vernachlässigt wird und praktisch leer ausgeht. Wenn daher vor wenigen Wochen der Entwurf zu einer Novelle des Bundesstraßengesetzes im Ministerrat zu keiner Einigung führte, so lag dies ausschließlich daran, daß der Versuch gemacht wurde, die Interessen Wiens neuerlich unberücksichtigt zu lassen. Sie werden verstehen, daß ich die neuerliche Schlechterstellung nicht hinnehmen konnte und daher die Zurückstellung dieses Gesetzesentwurfes begrüßte.

In der abgelaufenen Woche hat nun, wie ich bereits zu Beginn mitgeteilt habe, der Nationalrat einen Beschluß gefaßt, der einen Ausweg aus der bisherigen unhaltbaren Situation bringen könnte. Die Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei brachten einen Antrag ein, demzufolge die in der Novelle vorgesehene Übernahme von zwei Straßenzügen begrüßt wird. Der Handelsminister wird aber ersucht, die künftigen Autobahntrassen in Wien festzulegen. Die Verhandlungen über die erstrebte Übernahme von Wiener Straßen in das Bundesstraßennetz sollten auf die im nächsten Jahr stattfindenden Verhandlungen über den Finanzausgleich verlegt werden. Der Antrag der Sozialisten ging konform mit den Vorschlägen des Landes Wien und verlangte die Erweiterung des Bundesstraßennetzes in Wien von 15 auf 149 Kilometer. Daraufhin setzten sehr intensive Verhandlungen zwischen den beiden Regierungsparteien ein, die zu einer einheitlichen Auffassung führten. Es wurde von allen drei Parteien ein Antrag eingebracht, der dann auch vom Nationalrat beschlossen wurde. In der Einleitung zu diesem Antrag wird endlich von der höchsten gesetzgebenden Instanz Österreichs, vom Nationalrat, bestätigt, daß das Bundesland Wien auf dem Gebiete des Straßewesens bisher benachteiligt war, eine Tatsache, die von anderer Seite immer wieder bestritten wurde. Der Antrag selbst richtet an den Handelsminister das Ersuchen, bereits jetzt die Voraussetzungen zu schaffen, daß die durch Wien führenden künftigen Autobahntrassen festgelegt werden. Außerdem sollen Wiener Landesstraßen, die für den Durchzugsverkehr Bedeutung haben, in die Verwaltung des Bundes übernommen werden.

Mit diesem Beschluß des Nationalrates ist nun nach jahrelangen Bemühungen in die starre und ablehnende Front des Handelsministeriums eine Bresche geschlagen worden. Ich stelle bei dieser Gelegenheit noch einmal ausdrücklich fest, daß es der Gemeinde Wien nie um eine bevorzugte Behandlung zu tun war. Aber sie konnte es nicht widerspruchslos hinnehmen, daß die Interessen ihrer Steuerzahler vernachlässigt werden. Ich betone ebenso ausdrücklich, daß ich das Problem der Bundesstraßen in Wien nie als politische Angelegenheit betrieben habe. Denn wenn die Wiener Steuerzahler benachteiligt werden, dann trifft es alle, gleichgültig welcher Partei sie angehören. Ich hoffe, daß der Beschluß des Nationalrates die gegen-

wärtige jahrelange und unerfreuliche Periode der Benachteiligung Wiens abschließt und das Handelsministerium den berechtigten Wünschen Wiens Rechnung trägt.

Der Wiener Gemeinderat hat aus dieser neuen Situation bereits seine Konsequenzen gezogen. Am Donnerstag wurde bei den Budgetverhandlungen im Namen aller vier im Gemeinderat vertretenen Parteien ein Antrag eingebracht, in dessen Einleitung ebenfalls auf die Vorgeschichte der ganzen Angelegenheit Bezug genommen und auf den bisherigen unerträglichen Zustand hingewiesen wurde. Der einstimmig beschlossene Antrag hatte folgenden Wortlaut: 'Der Gemeinderat der Stadt Wien nimmt die vom Nationalrat gefaßte EntschlieÙung über die Festlegung der durch Wien führenden künftigen AutobahnstraÙen sowie über die Übernahme von Wiener LandesstraÙen in die Verwaltung des Bundes mit Genugtuung zur Kenntnis. Der Gemeinderat erwartet, daÙ die berechtigten Forderungen in vollem AusmaÙ erfüllt werden.'

Ich hoffe, daÙ die heutige sicher etwas komplizierte Darstellung für Sie nicht zu ermüdend war. Ich bitte deshalb um Entschuldigung. Es war nicht meine Absicht, Ihre Vorweihnachtsfreude zu schmälern. Aber manche Dinge muß man zur rechten Zeit sagen, damit dann später keine Mißdeutungen entstehen.

Zum Abschluß der heutigen Sendung wünsche ich Ihnen allen recht frohe Weihnachtsfeiertage. Ich denke besonders an unsere Kranken in den Spitälern, an unsere betagten Mitbürger in den Heimen, die die Freude des Weihnachtsfestes und das Gedenken ihrer Lieben noch mehr brauchen als die Gesunden, die im Kreise ihrer Familie das Weihnachtsfest feiern können. Ihnen allen meine besten und herzlichsten WeihnachtsgrüÙe!"

- - -

Die Budgetberatungen im Wiener Rathaus:Das Wiener Wohnungswesen  
=====

16. Dezember (RK) Am neunten Tag der Budgetberatungen im Wiener Rathaus wurde die Geschäftsgruppe IX (Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen) behandelt. Stadtrat Franz Glaserer (SPÖ) erstattete das Referat. Er führte aus:

"Heute habe ich zum zehnten Male den Bericht zum IX. Hauptstück des Voranschlages zu erstatten:

In all den vorhergehenden Jahren habe ich immer wieder den Versuch unternommen, die Ursachen der Wiener Wohnungsnot - sowohl in quantitativer, wie in qualitativer Hinsicht - darzustellen.

Darf ich nur in Schlagworten andeuten, daß ich mich befaßt habe

mit der Überalterung des Wiener Hausbestandes,

mit dem eine schwere Belastung darstellenden Erbe, das für uns die Bauten der sogenannten Spekulationszeit bedeuten,

mit der Auswirkung des Bombenkrieges,

mit dem völligen Ausfall der Bautätigkeit in den Jahren 1934 bis 1948

mit der immer größer werdenden Zahl von Wohnungen, die ihrem Bestimmungszweck entfremdet werden,

mit dem Heranwachsen der geburtenstarken Jahrgänge und deren Eintritt in das heiratsfähige Alter,

mit den Folgen der Wanderbewegung zwischen Wien und den Bundesländern,

mit der Frage unserer alten und kranken Menschen, die in hochgelegenen Stockwerken wohnen müssen,

mit der Frage, daß auf dem privaten Sektor die Wohnungen nicht nach sozialen, sondern nur nach Gesichtspunkten unserer bestehenden Wirtschaftsordnung vergeben werden,

mit der Frage einer eventuellen neuen, gesetzlichen Regelung.

Nun sind bereits fünf Jahre vergangen, seit die letzte gesetzliche Regelung in Bezug auf Wohnungsvergabe - nämlich das Neuvermietungsgesetz - gefallen ist. In diesen fünf Jahren konnten wir Erfahrungen sammeln und Erkenntnisse gewinnen.

Wir haben zwar keine authentischen Unterlagen über die Vorgänge auf dem privaten Wohnungsmarkt - was ich außerordentlich bedauere - doch gewähren uns Zeitungsinserate und andere Ankündigungen der Wohnungsmakler genügend Einsicht.

Ohne Zweifel sind die Ablöseforderungen in diesem Zeitraum um ein Vielfaches gestiegen und haben eine Höhe erreicht, die man nicht anders als eine unverschämte Ausnützung der in Wohnungsnot geratenen Menschen bezeichnen kann.

Fast täglich werden an uns Beschwerden über Ablösen mündlich und schriftlich herangetragen.

Die meisten dieser Beschwerdeführer verlangen das Einschreiten des Bürgermeisters, oder des Magistrates, oder der Justiz. Diese Menschen können einfach nicht verstehen, daß es in unserer Stadt, in unserem Staat, keine Macht gibt, die diesem Treiben ein Ende setzen kann.

Ebensowenig wird verstanden, daß laufend - aus Profitsucht - guter Wohnraum in Büros, Geschäftsräume, Magazine und dergleichen, umgewandelt wird. Parterre-Wohnungen werden auch in Garagen umgebaut.

Während die öffentliche Hand unter größten Anstrengungen bemüht ist, neuen Wohnraum zu schaffen, werden auf dem privaten Sektor jährlich tausende von Wohnungen dem Wohnzweck entzogen. Wobei man noch hinzufügen muß, daß das Leerstehen von Wohnungen ebenfalls Zweckentfremdung bedeutet.

Der mittellose Wohnungsbedürftige findet, daß es so nicht weitergehen darf - daß etwas geschehen muß.

Finden Sie nicht auch, daß es so nicht weitergehen kann? Finden Sie nicht auch, daß es nach den Erfahrungen dieser fünf Jahre nur eine Erkenntnis geben kann: eine gesetzliche Regelung ist ebenso notwendig, wie dringend!

Was ist nun in diesen fünf Jahren auf dem gemeindeeigenen Sektor geschehen?

### 33.936 Wohnungen übergeben

Wir haben in dieser Zeit 33.936 Wohnungen an Bedürftige übergeben. In dieser Zahl sind allerdings auch einige tausend Mietrechtsfortsetzungen enthalten.

Uns standen zur Verfügung: 23.544 Wohnungen für den Erstbezug und 10.392 Wohnungen für die Wiedervermietung.

Die Wohnungen haben wir vergeben an: 12.256 Fälle von Einsturz, Assanierung, Obdachlosigkeit, 922 Fälle von Tbc, 12.242 Fälle von Überbelag und Gesundheitsschädlichkeit, 8.516 Fälle von Mietrechtsfortsetzung und sozialen Notstand.

In der letzten Zahl ist auch die Absiedlung von 2.703 Hauswarten enthalten und zwar 1.597 aus privaten und 706 aus gemeindeeigenen Häusern

Im Berichtsjahr selbst, bis Ende November 1963, erfolgten 5.095 Zuweisungen und zwar: 1.615 an Familien in einsturzgefährdeten, oder wegen Assanierung freizumachenden Häusern und Obdachlose, 41 an Tbc gefährdete Familien, 1.513 an Familien aus überbelegten oder gesundheitsschädlichen Wohnungen, 113 an getrennt wohnende Ehepaare, 1.813 wegen sozialen Notstandes und Mietrechtsübertragungen, das sind zusammen 5.095 Wohnungen.

Die Soziale Stellung der Wohnwerber: 448 Bundesangestellte, 503 Gemeindeangestellte, 968 Pensionisten und Rentner, 1.958 Arbeiter in der Privatwirtschaft, 931 Angestellte in der Privatwirtschaft, 287 Freie Berufe und Selbständige.

Die Zahl der Zuweisungen, die wir unter "Sozialer Notstand" führen, wird öfter kritisiert, weil diese Fälle meist ohne Vormerkschein einer Lösung zugeführt wurden.

Die Kritik sagt uns, wenn diese Fälle so dringend sind, dann muß man eben die Vormerkungspraxis ändern, wie überhaupt kritisiert wird, daß wir noch immer auf Grund des nun fünf Jahre abgelaufenen Neuvermietungsgesetzes vormerken.

Dazu kann ich nur sagen: Genauso wie wir uns bewußt sind, daß es keine vollkommene Gerechtigkeit hinsichtlich der Zuweisungen gibt, ebensowenig gibt es ein vollkommenes System der Vormerkung. Das Leben in seiner Vielfaltigkeit ist eben stärker und läßt sich nicht immer in Systeme und Paragrafen zwingen.

Natürlich muß man nach einem System vormerken. Ein besseres als das in Neuvermietungsgesetz enthaltene wurde bisher nicht gefunden. Bleibt also nichts anderes übrig, als auch in Zukunft nach den seinerzeit vom Gesetzgeber beschlossenen Richtlinien vorzugehen.

Auf Grund dieser Richtlinien wurden in den letzten fünf Jahren 39.567 Ansuchen in Vormerkung genommen und 41.622 abgelehnt.

Mit Stand vom 30. November haben wir noch immer 29.723 vorgemerkte Wohnungsbedürftige. Obwohl wieder eine größere Zahl von Vormerkungen aus der Evidenz genommen wurde, da diese Bewerber eine Wohnung in Hauptmiete bezogen haben, verringert sich der Vorgemerktenstand im Vergleich zum Vorjahr nur geringfügig.

Die Übersicht über diese fünf Jahre zusammen mit den der-

zeitigen Vormerkungsstand beweisen, daß sich das Wohnungsproblem nicht allmählich von selbst lösen wird - daß es aber auch unmöglich auf dem gemeindeeigenen Sektor allein bewältigt werden kann.

Ich wiederhole daher: Eine gesetzliche Regelung ist ebenso notwendig wie dringend!

#### Die Wohnhäuserverwaltung

Die Magistratsabteilung 52, teilt sich in die Gruppe Wohnhäuser, die Gruppe Herbergen für Obdachlose, die Gruppe Amtshäuser und die Gruppe Siedlungs- und Kleingartenwesen.

Die Wohnhäuserverwaltung, die infolge der Bautätigkeit der Gemeinde Wien jedes Jahr umfangreicher wird, verwaltet mit Stichtag 30. November insgesamt 152.026 Mietobjekte. Diese teilen sich auf in 144.602 Wohnungen und 7.424 Geschäftsräume.

Der Zugang am gemeindeeigenen Sektor vom 1. Jänner bis 30. November betrug 2.678 Wohnungen und 103 Geschäftsräume.

Die mietzinstragende Fläche der in den städtischen Wohnhausanlagen und Siedlungen - wobei hier Althauswohnungen und Hauswartwohnungen nicht mitgerechnet werden - befindlichen 131.804 Mietwohnungen beträgt rund 6,360.000 Quadratmeter.

Die Ausstattung der Neubauwohnungen mit Durchlauferhitzer und Badezimmereinrichtungen wurde weiter fortgesetzt, sodaß mit 30. November insgesamt 52.331 Wohnungen mit einem komplett eingerichteten Wohnungsbad versehen sind. Davon 14.911 mit eingebauter Badewanne. Dies bedeutet, daß mehr als 38 Prozent der von der Gemeinde Wien errichteten Wohnungen ein eingerichtetes Bad aufweisen.

Auch die Zahl der zentralbeheizten Wohnhäuser hat sich im Jahre 1963 weiter erhöht. Mit 30. November werden 26 Wohnhausanlagen mit 2.385 Wohnungen und 157 Geschäftsräumen auf diese Art beheizt.

Die Anzahl der zentralbeheizten Mietobjekte wird sich im Laufe des Jahres 1964 allein durch die in Montagebauweise errichtete Wohnhausanlage um weitere 1.000 Wohnungen erhöhen.

Eine Befragung der Mieter dieser Anlagen zeigte, daß diese mit ihren zentralbeheizten Wohnungen sehr zufrieden sind.

Die Zahl der Aufzüge in den Wohnhausanlagen hat sich im heurigen Jahr auf 808 erhöht. Nach wie vor wird besonderes Augenmerk auf den nachträglichen Einbau von Aufzügen in schon bestehenden Wohnhäusern gelegt.

Es werden daher auch im Jahre 1964, soweit die technischen Voraussetzungen zutreffen, in Häusern mit einer großen Geschoßanzahl eine Anzahl Aufzüge eingebaut werden. Zu diesem Zwecke stehen uns wieder 7,5 Millionen Schilling zur Verfügung.

Anfang Jänner 1963 befanden sich in den städtischen Wohnhäusern insgesamt 2.997 maschinell eingerichtete Kleinwaschküchen und zwar 506 mit kohlbeheizten, 2.487 mit gasbeheizten und vier mit elektrisch beheizten Einrichtungen.

Bis Anfang Dezember dieses Jahres wurden 271 Waschküchen mit gasbeheizten Maschinen ausgestattet.

Zur Erhaltung der städtischen Wohnhausanlagen möchte ich feststellen, daß die Mieter den Wohnobjekten und Wegen, den Kinderspielplätzen und Grünanlagen, den maschinellen Waschküchen und Aufzügen leider nicht immer die Sorgfalt entgegenbringen, die man erwarten könnte. Die sich daraus ergebenden Reparatur- und Instandsetzungsarbeiten kosten sehr viel Geld, das wir bedeutend besser verwenden könnten.

Für die Instandhaltung der Wohnhausanlagen haben wir im Voranschlag einen Betrag von 80 Millionen Schilling präliminiert. Die Erneuerung der elektrischen Ring- und Steigleitungen, die infolge des sprunghaft angestiegenen Stromverbrauches nicht mehr genügen, wird auch im kommenden Jahr fortgesetzt.

Für die Ausgestaltung und Erhaltung der in den städtischen Wohnhäusern befindlichen Gartenanlagen, welche ein Ausmaß von rund 3,166.000 Quadratmeter erreichen, sind für 1964 fünf Millionen Schilling vorgesehen. Zur Illustration möchte ich als Vergleich anführen, daß die Grünanlagen in unseren städtischen Wohnhausanlagen doppelt so groß sind wie das Flächenausmaß von Schönbrunn.

In diesen Gartenanlagen wurden zirka 8.000 Bänke aufgestellt, an besonders geeigneten Plätzen auch Tische und Stühle.

Nicht unerwähnt möchte ich die 130 von der Stadt Wien geschaffenen Kinderspielplätze lassen, welche mit 253 Spielgeräten ausgestattet wurden. Außerdem stehen noch 382 Sandkisten zur Verfügung. Spielplätze und Sandkisten werden nicht nur von den Kindern der Gemeindemieter, sondern auch von Kindern der unmittelbaren Umgebung benützt.

Für die Betreuung unserer städtischen Wohnhausanlagen sorgen derzeit 3.422 Hauswartinnen sowie 69 Hausinspektoren.

Die Ausgaben für 1964 wurden mit 342 Millionen Schilling präliminiert, denen Einnahmen in der Höhe von 280 Millionen Schilling gegenüberstehen, sodaß ein Abgang von rund 62 Millionen Schilling zu verzeichnen ist.

Nachdem jedoch in der Ausgabenpost Wertabschreibungen von 82 Millionen Schilling inbegriffen sind, ist das Budget der Wohnhäuserverwaltung als ausgeglichen zu betrachten, nur kann die Wertabschreibung noch nicht zur Gänze aufgebraucht werden.

#### Herbergen für Obdachlose

Die in unseren vier Heimen registrierten Nächtigungen zeigen gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres einen leichten Rückgang: 1962 waren es 450.540, 1963 440.753.

Die Heime werden im Durchschnitt pro Nacht von 1.450 Menschen in Anspruch genommen.

Die Instandsetzungsarbeiten an den Heizanlagen, den Elektroinstallationen, den sanitären Anlagen und den Hausfassaden werden auch im Jahre 1964 weiter durchgeführt. Hierzu ist ein Betrag von 1.700.000 Schilling vorgesehen.

In den Heimen Gänsbachergasse und Kastanienallee befinden sich zur Zeit 178 Familien, im Auhoflager 291 Familien.

Amtshäuserverwaltung: Mit Stand vom 30. November verwaltet die Gruppe Amtshäuser 133 gemeindeeigene Objekte, wovon sich 127 in Wien und sechs außerhalb Wiens befinden.

Siedlungs- und Kleingartenwesen: Obwohl die Stadt Wien jährlich große Flächen im Eigenwohnbauprogramm verbaut, stellt sie zusätzlich den gemeinnützigen Wohnungsunternehmungen gemeindeeigene Flächen im Baurecht zur Verfügung.

Am 31. Dezember 1962 waren 5,424.015 Quadratmeter Bauland für Baurechtzwecke in Bestand gegeben. Bis zum 30. November 1963 wurden zugunsten gemeinnütziger Wohnbauvereinigungen und Einzelbaurechtswerber an städtischen Gründen im Ausmaß von 101.807 Quadratmeter Baurechte bestellt, sodaß derzeit 5,525.822 Quadratmeter in Baurecht genutzt sind.

An Kleingartengrund stehen derzeit 6,106.783 Quadratmeter in Verwaltung der Magistratsabteilung 52.

Noch immer besteht Ernteland und zwar haben wir zur Zeit 617.300 Quadratmeter erntelandmäßig genutzter Fläche, davon 531.300 Quadratmeter Gemeindegrund und 85.000 Quadratmeter Privatgrund.

Dem Zentralverband der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter Österreichs wurde für Schaffung und Erhaltung von Gemeinschaftsanlagen ein Rahmenkredit von 200.000 Schilling eingeräumt.

Durch einen dem Österreichischen Siedlerverband eingeräumten Rahmenkredit von 600.000 Schilling, der durch einen außerordentlichen Zuschuß auf 800.000 Schilling erhöht wurde, konnten Siedlervereinen für Neuanschaffung, Erneuerung und Instandhaltung von Gemeinschaftseinrichtungen Darlehen und bedürftigen Siedlern zur Fertigstellung unvollendeter Siedlungshäuser Fertigstellungskredite mit einem mäßigen Zinsfuß gewährt werden.

Besonders die Gewährung von Fertigstellungskrediten wirkt sich seit Jahren günstig aus.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

- - -

## Josef Klemens Kreibig zum Gedenken

=====

16. Dezember (RK) Auf den 18. Dezember fällt der 100. Geburtstag des Philosophen Hofrat Prof. Dr. Josef Klemens Kreibig.

Er wurde in Wien geboren und war zuerst als Bankbeamter, dann als Professor an der Handelsakademie in Innsbruck tätig. In diesen Jahren studierte er auch Philosophie. 1906 wurde er Direktor der Grazer Handelsakademie, 1907 Referent des Unterrichtsministeriums für die deutschsprachigen Handelsschulen in Österreich. Kreibig hat sich als Philosoph einen weit über die Landesgrenzen hinauswirkenden Ruf erworben. Bereits 1898 erfolgte an der Wiener Universität seine Habilitierung für Ethik und Psychologie. Hier gründete er auch die Philosophische Gesellschaft, die sich bis heute ihre Aktivität erhalten hat. Seine Arbeiten erstrecken sich auf Psychologie, Wertlehre, Logik und Pädagogik. Kreibig war ein durchaus selbständiger Denker. Seine Ethik ist psychologisch begründet. Kreibig, der als Vertreter des kritischen Realismus bezeichnet werden kann, hat zahlreiche Schriften veröffentlicht. Sein Hauptwerk trägt den Titel "Die intellektuellen Funktionen. Untersuchungen über Grenzfragen der Logik, Psychologie und Erkenntnistheorie". Als Lehrer wie als Wissenschaftler hochverehrt, ist Kreibig am 9. November 1917, erst 54 Jahre alt, gestorben.

- - -

## Ehe- und Familienberatungsstelle

=====

16. Dezember (RK) In der Ehe- und Familienberatungsstelle der Magistratsabteilung 12, 1, Gonzagagasse 23, entfallen die Beratungsstunden vom Freitag, dem 20. Dezember, bis einschließlich 3. Jänner. Die letzte Beratung in diesem Jahr ist morgen Dienstag, den 17. Dezember, die erste Beratung im kommenden Jahr am Dienstag, dem 7. Jänner.

- - -

"Kennedy-Brücke" in Hietzing  
=====

16. Dezember (RK) Auf Anregung von Bürgermeister Jonas hat der Kulturausschuß des Wiener Gemeinderates heute beschlossen, das neue Verkehrsbauwerk über den Wienfluß in Hietzing amtlich "Kennedy-Brücke" zu benennen. Die Namensgebung erfolgte im Hinblick darauf, daß Präsident Kennedy unweit von dort während seines Wiener Aufenthaltes im Jahr 1961 in der Villa des amerikanischen Botschafters seine Residenz hatte. Sein Weg führte ihn wiederholt über die alte Hietzinger Brücke.

Mit der Benennung "Kennedy-Brücke" wird auch in Wien das Andenken an John Fitzgerald Kennedy geehrt, in Würdigung der Verdienste um die Menschlichkeit und den Frieden in der Welt, die sich der amerikanische Präsident unzweifelhaft erworben hat.

---

Fortsetzung des Sitzungsberichtes:Die Debatte über das Wohnungswesen  
=====

16. Dezember (RK) Als erster Debattenredner ergreift GR. Wagner (ÖVP) das Wort. Einleitend weist er auf eine Radiorede von Bürgermeister Jonas vom Februar vergangenen Jahres hin, in der der Bürgermeister sagte, die Hauptsache sei, daß möglichst viele Wohnungen gebaut werden und daß die Mietzinse auch für kinderreiche Familien und für Familien mit geringem Einkommen erträglich sind. GR. Wagner betont, daß er sich dieser Auffassung vollinhaltlich anschließen, es jedoch bedauere, daß die Gemeinde Wien sich nicht daran halte, weder im Wohnungsneubau noch bei der Mietberechnung.

Zum Mietenproblem stellt der Gemeinderat fest: 1958 hat die Gemeinde Wien für die Gemeindeneubauten mit besserer Ausstattung einen neuen Modus für die Mietberechnung geschaffen. Danach ist der jährliche Grundzins für Wohnungen mit zwei Prozent, und für Geschäftslokale mit vier Prozent der Baukosten zu berechnen. Damit wurde für die Neubauten der Gemeinde Wien praktisch die Mietzinsdynamik geschaffen. Das heißt: Steigen die Baukosten, so steigt automatisch auch der Mietzins.

In den letzten drei Jahren ist der Grundzins pro Quadratmeter bei den Neubauwohnungen bis zu zwei Schilling angestiegen, und zwar bei gleichbleibender Wohnungsausstattung. 1960 betrug der Grundzins pro Quadratmeter noch 3.50 Schilling, heute beträgt er jedoch schon bis zu 5.50 Schilling. Das ist eine Steigerung bis zu 57 Prozent. Die Baukosten hingegen sind keinesfalls in diesem Ausmaß gestiegen, sie erhöhten sich um etwa 13 bis 15 Prozent.

Laut Lohnstatistik der Wiener Gebietskrankenkasse verdienen monatlich 33 Prozent der Erwerbstätigen nicht mehr als 1.875 Schilling und 66 Prozent nicht mehr als 2.775 Schilling. An einem Beispiel zeigt GR. Wagner auf, wie sich die steigenden Mieten bei den unteren und mittleren Einkommenskategorien auswirken.

Ein junges Ehepaar mit drei schulpflichtigen Kindern und einem Kleinkind zahlt für eine Gemeindewohnung in Simmering (zwei Zimmer und zwei Kabinette) einen Zins von 468.80 Schilling. Der Mann verdient als Beamter monatlich 2.255 Schilling netto (ohne Kinderbeihilfe), mit Kinderbeihilfe 3.200 Schilling. Der Mietzins macht daher fast 21 Prozent seines Nettoverdienstes und fast 15 Prozent seines Verdienstes mit Kinderbeihilfe aus. (Zwischenruf von Stadtrat Heller, SPÖ: Das ist der Gipfelpunkt der Demagogie! Jahrelang habt ihr gejammert, daß wir die Wohnungen herschenken!) Hätte der Mann das Pech gehabt, eine Gemeindewohnung in Favoriten zu bekommen, dann hätte der Zins von 680 Schilling 30 bzw. 21 Prozent seines Einkommens betragen.

Bei einem Vergleich mit dem Ausland zeige sich laut Statistik, daß in Ländern mit hoher Wohnkultur, wie die Schweiz, Schweden und Deutschland (die an der Spitze liegen), die Mieten nur rund zehn Prozent des Arbeitseinkommens betragen. (Große Bewegung im Saal, Proteste von den Sozialisten. Zwischenruf von Stadtrat Heller: Da lacht Sie ja jedes Kind aus!)

GR. Wagner weist dann darauf hin, daß es sich bei den Gemeindebauten um Wohnungen im sogenannten sozialen Wohnungsbau handle und gerade diese Wohnungen für die sozial schwächeren Schichten der Bevölkerung bestimmt sein sollen. In Anbetracht der Mietzinse könne man jedoch kaum noch von einem sozialen Wohnungsbau der Gemeinde Wien sprechen. Die Mieten in den Gemeindeneubauten werden nämlich nicht vom sozialen, sondern vom rein kommerziellen Gesichtspunkt aus gestaltet. (Protestrufe von der SPÖ.)

GR. Wagner stellt sodann den Antrag, die Gemeindeverwaltung möge Vorsorge treffen, daß die Mieten für Gemeindeeigene Sozialwohnungen, die ihrer Bestimmung nach nur für sozial Schwächere vorgesehen sein sollen, ab 1964 stabilisiert werden. (Zwischenruf von Stadtrat Heller, SPÖ: Stabilisiert sind sie ja eh! - Zwischenruf von Vizebürgermeister Slavik, SPÖ: Die Mietzinse bleiben doch immer gleich, wenn sie einmal festgesetzt sind! Sie wissen ja nicht, was Dynamik bedeutet!)

Sollte sich dadurch in Zukunft ein Defizit bei den Erhaltungskosten der Gemeindebauten ergeben, dann müßte man eben den Mut haben, sich offen zu einer notwendigen Zinskorrektur zu bekennen und diese nicht wie in der Vergangenheit verschleiert durchführen. (Erregte Proteste von den Sozialisten. - Stadtrat Heller: So etwas war noch nicht da!)

Einen weiteren Antrag stellt GR. Wagner im Zusammenhang mit der Abrechnung der Heizungskosten in den Gemeindebauten mit Zentralheizung. Er erklärt, daß sich bei der gegen Jahresende erfolgenden endgültigen Abrechnung oft hohe Nachzahlungen ergeben, die von den Mietern innerhalb von vier Wochen beglichen werden müssen. Da diese Nachzahlungen manchmal beträchtliche Höhen erreichen, stellen sie besonders am Jahresende eine beträchtliche zusätzliche Belastung dar. Daher stelle er den Antrag, die bei der endgültigen Abrechnung vorgesehene Frist zu verlängern.

GR. Marek (SPÖ) weist auf eine gefährliche Entwicklung hin, die durch den § 19 Abs. 2 des Mietengesetzes hervorgerufen wird. Danach ist der Abbruch eines Hauses und die Errichtung einer neuen Wohnhausanlage möglich, wenn mehr Wohnungen als vorher geschaffen werden. Diese Lücke im Gesetz machen sich gefinkelte Geschäftsleute zunutze, um alte Häuser aufzukaufen, die dann als abbruchreif erklärt werden. Die delogierten Mieter aber kommen in ihrer Not zur Gemeinde und verlangen Hilfe.

Der Redner nennt einige Beispiele aus seinem Bezirk, so die Häuser Barnabitengasse 4, Stumpergasse 13, Webgasse 8 und Hirschengasse 24. Er warnt in diesem Zusammenhang davor, daß ausländische Firmen diese Häuser aufkaufen. Genügt es nicht, wenn Gerngroß und Herzmansky bereits zu einem ausländischen Konzern gehören, wenn nun auch in Wien das Versandhaus "Quelle" beginnt, den Lebensraum des österreichischen Kaufmanns einzuengen. In Salzburg wurden seit 1948 150 Handelsbetriebe errichtet. Davon waren nur vier österreichische Gründungen. Wir können begreifen, daß die Sorge des Salzburger Landtages berechtigt ist. Auch der "Börsenkurier" (bestimmt kein sozialistisches Blatt) schreibt, daß der Ausverkauf Österreichs bereits begonnen habe.

Der Redner verwehrt sich dann gegen einige Ausführungen von GR. Mühlhauser (ÖVP) in der Generaldebatte. Er weist den Vorwurf zurück, daß die Sozialisten "ostanfällig" seien und betont, daß Österreich mit allen Oststaaten, ausgenommen Rotchina und der DDR, Handel treibe. Mühlhauser hat auch gesagt, daß die österreichische Wirtschaft mit der Wirtschaft Westeuropas auf Gedeih und Verderb verbunden sei. Wir wollen mit allen Ländern Handelsbeziehungen unterhalten, entgegnet GR. Marek, wir sind weder ostanfällig noch dem Westen hörig. Wir wollen mit allen ein gutes Einvernehmen herstellen; aber nicht auf "Verderb!", zum Gedeihen Österreichs wollen wir alles tun.

GR. Dr. Schmidt (FPÖ) meint, daß die Verhältnisse im Wohnungswesen genauso trist geblieben sind, wie sie 1959 waren, als er in den Gemeinderat kam. Das Versprechen, das Wohnungsproblem zu lösen, finde sich zwar regelmäßig zu Wahlzeiten, bleibt aber ebenso regelmäßig nach den Wahlen ohne konkrete Ergebnisse.

Alle Verantwortlichen seien sich aber heute schon klar, daß die Lösung der Wohnungsfrage ohne Einbeziehung des Altheusbstandes nicht gefunden werden kann.

Der Redner bezeichnet eine Mietenreform als unbedingt notwendig. (GR. Windisch, SPÖ: Also Mietzinserhöhung?) Er habe schon im Vorjahr die Voraussetzungen genannt, entgegnet der Redner, und zwar Schaffung eines sozial gestaffelten Mietenbeihilfensystems und Sichtung und Neuqualifizierung des gesamten Wohnungsbestandes. Stadtrat Glaserer sei in einer Pressekonferenz ebenfalls für eine völlige Neuordnung in der Mietzinsbildung eingetreten. Auch Vizebürgermeister Slavik vertrete ähnliche Gedankengänge.

Bei einer Erhöhung der Mietzinse müsse auch Vorsorge getroffen werden, daß diese Mietzinse zweckentsprechend verwendet werden. Eine Mietenreform müsse auch mit sozialen Sicherungsmaßnahmen gekoppelt sein. In der letzten Zeit werde oft bedauert, daß das Wohnhauswiederaufbaugesetz nicht den Altmietern zugute gekommen sei, weil diese oft nicht die erforderlichen Mittel aufbringen konnten. Dieser Umstand spreche gegen das Koalitionssystem.

Bei der Verteilung der Gemeindewohnungen und der Wohnungen im sozialen Wohnungsbau müsse auch die finanzielle Leistungskraft

des Vorgemerkten berücksichtigt werden und nicht nur wie bisher der Grad der Wohnungsbedürftigkeit. Der Gemeindebürger dürfe nicht zur Auffassung gebracht werden, die Gemeinde müsse ihm eine Wohnung schenken, während er auf ein Auto spare. Auch die Wohnbaugenossen-schaften befassen sich bereits mit dem Gedanken, für ihre Mieter eine Einkommensgrenze festzulegen.

Im Wohnungstausch-Anzeiger werde immer wieder angeführt, die Gemeinde sei bemüht, den Tauschwerbern zu helfen. Dies treffe jedoch in der Praxis nicht zu. Es erfolgen oft Ablehnungen "aus grundsätzlichen Erwägungen" ohne nähere Begründung.

Die Tätigkeit des Wohnungsamtes gehe praktisch ohne Kontrolle durch die Öffentlichkeit vor sich. Hier werde über Werte verfügt, die weit über den Beträgen liegen, für die sonst ein Beschluß des Gemeinderates nötig ist. Es wäre daher angebracht, die Namen und früheren Adressen der Mieter, die eine Gemeindewohnung bekommen, zu veröffentlichen.

Die FPÖ werde dieser Geschäftsgruppe nicht zustimmen.

GR. Dr. Bohmann (SPÖ) erklärt einleitend, die Mietzinsbildung diene dazu, den Hausbestand zu erhalten - und nicht die übrigen Steuerzahler mit der Instandhaltung der Gemeindehäuser zu belasten. Wenn auf der einen Seite der Gemeinde Wien vorgeworfen werde, sie baue heute die Slums von 1980, vertrete die kirchliche Seite bereits eine andere Meinung. Auf dieser Seite werde gesagt, man möge die Wohnungen nicht um einen Preis hergeben, der dem Zigarettenkonsum eines Monates gleichkommt.

Der heutige Zustand bei der Wohnungsvergabe beweise den vollkommenen Bankrott des freien Wohnungsmarktes. Auf dem Gebiet des qualitativen Notstandes kommt die Gemeinde Wien viel zu langsam weiter. Nahezu 50 Prozent des Wohnraumes, den die Gemeinde Wien baut, müsse zur Beseitigung des akutesten quantitativen Notstandes verwendet werden. Die Hebung des Wohnungsstandards könne nicht die Gemeinde Wien allein belasten.

Die Sozialisten haben im Jahr 1918 auf dem Gebiet der Wohnung ein schlechtes Erbe übernommen. Im Jahre 1910 hatten in Wien fast 80 Prozent der Wohnungen eine Durchschnittsgröße von 30 Quadratmeter. In diesem Wohnraum lebten 4,8 Menschen. Ferner gab es damals

mehr als 66.000 Bettgänger. Die Arbeiter mußten 25 bis 30 Prozent ihres Lohnes für die Miete verwenden. In jahrzehntelangem Ringen haben die Sozialisten versucht, diesen Zustand zu beseitigen. Als die Institution des sozialen Wohnungsbaues eingeführt wurde, ist die bürgerliche Welt Sturm dagegen gelaufen, weil sie glaubte, es werde eine Gewinnchance gemildert. Heute seien jedoch alle Parteien der Meinung, es müsse von der Gemeinde gebaut werden. Immer mehr setze sich die Erkenntnis durch, daß die Wohnung keine Ware ist, und ihre Vergabe nicht nach privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten erfolgen kann. Sie ist ein Kulturgut, auf das der Bürger dieser Stadt Anspruch hat. Ebenso wie der Mensch ein Recht auf Arbeit besitzt, hat er auch ein Recht auf eine Wohnung.

Für die Vergabe des Wohnraumes müsse ein Gesetz gefordert werden, das die Vergabe nach sozialen Gesichtspunkten regelt und ein System festlegt, das der Stadt Wien nützt und nicht Privatinteressen dient.

Um dem qualitativen Wohnungsnotstand ausreichend begegnen zu können, müßte in unserer Stadt mehr gebaut werden. Dazu sind zwei Voraussetzungen notwendig, nämlich die Baukapazität zu steigern und geeignete Baugründe in ausreichender Zahl zur Verfügung zu stellen. Eine Steigerung der Baukapazität wird durch die Einführung neuer Baumethoden und durch die Fertigteilbaumethode - wie sie die Gemeinde Wien bereits anwendet - erzielt werden können. Der Forderung nach ausreichendem Baugrund wird nur durch ein Baugrundbeschaffungsgesetz und ein Assanierungsgesetz entsprochen werden können. Es ist zu hoffen, daß man bald zur Beschließung derartiger Gesetze kommt.

Auf dem Althaussektor stehen wir vor der Notwendigkeit einer Reform des Mietenproblems. Es kann der Allgemeinheit nicht gleichgültig sein, wenn Mieter in alten und reparaturbedürftigen Häusern durch eine § 7-Mietzinsberechnung enorm belastet werden. Die Schaffung eines Reparaturausgleichsfonds könnte hier Abhilfe schaffen. Man müßte aber auch den Besitzern von Althäusern klar machen, daß sie aus derart alten Objekten keinen Gewinn mehr erzielen können. Schließlich ist auch ein Hausbesitz ab einer bestimmten Grenze als amortisiert anzusehen.

Abschließend stellt der Redner fest, daß alle eine rasche und gerechte Lösung des Wohnungsproblems wünschen. Er müsse aber mit aller Deutlichkeit feststellen, daß alle Hoffnungen, die dahin zielen, daß eine Neuregelung des Mietenproblems dazu dienen soll, den Zins vierfach zu erhöhen und eine neue Hausherrenrente zu schaffen, den schärfsten Widerstand der arbeitenden Bevölkerung finden werden.

GR. Hausner (KLS) erklärt, daß die Redner der einzelnen Parteien, speziell der Koalitionsparteien, in Anbetracht des kommenden Wahljahres ihre grundsätzlichen Fragen und Einstellungen vorbringen. Diese entschiedenen Stellungnahmen seien sehr wünschenswert, denn vielleicht kommt man dann auch zur Lösung jener Probleme, die man während der letzten Jahre nur unzulänglich behandelt hat. Dazu gehören die notwendigen Gesetze zur Schaffung und Erhaltung von ausreichendem und entsprechendem Wohnraum. Der Redner kommt sodann auf die Wohnungsnot unserer Stadt zu sprechen, die schon seit Jahrzehnten besteht. Er hat es daher immer als unbegreiflich empfunden, daß man das Wohnungsanforderungsgesetz ablaufen ließ. Damit wurde den Gemeinden jede Möglichkeit genommen, eine leerstehende Wohnung anzufordern. Derzeit schätzt man, daß es in unserer Stadt rund 20.000 leerstehende Wohnungen gibt, aber 30.000 dringendste Wohnungsfälle. Der Redner erachtet es als unrichtig, immer von einem qualitativen Wohnungsnotstand zu sprechen. Viele Familien wohnen in Obdachlosenasylen, in Kellerräumen und gesundheitsschädlichen Wohnungen. Es sei daher bedauerlich, daß man von einer Besteuerung der leerstehenden Wohnungen nichts wissen will. Auf einen von seiner Fraktion eingebrachten entsprechenden Antrag hat man schriftlich mitgeteilt, daß bei einer derartigen Besteuerung zu fürchten ist, daß die Steuer auf die Wohnungsablöse daraufgeschlagen wird. Andere Städte haben hier zum Unterschied von Wien schon die verschiedensten Wege gesucht, um das Leerstehen von Wohnungen zu verhindern. Leider haben manche dieser Versuche nicht den erwarteten Erfolg gebracht, sie zeigten aber immerhin, daß man um die Lösung des Problems bemüht ist. Salzburg versuchte zum Beispiel, leider vergeblich, Hauseigentümer durch die Zahlung einer Ablöse von 30.000 Schilling dazu zu bewegen, ihre Wohnung

./.

einem Wohnungslosen zur Verfügung zu stellen. Graz wiederum unternahm den Versuch, mit den Hauseigentümern ein Übereinkommen zu treffen, dringende Wohnungsfälle vorübergehend in ihre leerstehenden Wohnungen aufzunehmen.

Der Redner verlangt auch, einmal vom Gesundheitsamt gesperrte Wohnungen, aus denen die Mieter herausgenommen wurden, zu kennzeichnen, damit niemand anderer einzieht. Das Wohnungsamt erklärt sich nämlich nicht bereit, einer Familie eine Vormerkung zu geben, wenn sie in eine gesundheitsschädliche Wohnung einzieht, aus der bereits einmal jemand herausgenommen wurde. Wie aber soll der Wohnungssuchende davon Kenntnis haben.

In letzter Zeit kommt es auch immer häufiger vor, daß Althäuser von Bauunternehmern gekauft werden und an ihrer Stelle ein Neubau errichtet werden soll. Der Abbruch eines Althauses kommt vielfach billiger als die Aufschließung eines neuen Grundstückes. Die Mieter dieser Althäuser werden dadurch aber obdachlos. Der Redner sieht die Möglichkeit hier Abhilfe zu schaffen darin, daß man bei der Gewährung von Krediten diese erst gibt, wenn der Bauherr die Mieter des abzureissenden Hauses entsprechend untergebracht hat.

Zum unstrittenen Paragraph 7 sagt der Debatteredner, daß die Mehrheit der Bevölkerung die Schaffung eines Reparaturausgleichsfonds verlangt. Man werde sehr darauf dringen müssen, daß der Paragraph 7 fällt. Die Mieter der Althäuser sind davon schwer betroffen. Sie bezahlen, ohne daß sich das geringste an ihrer Wohnung ändert - der Wert des Hauses aber steigt. Die Hausbesitzer benützen den Paragraph 7 dazu, um die Mieter für die Instandhaltung ihrer Häuser zahlen zu lassen.

Sodann spricht GR. Hausner der ÖVP das Recht ab, gegen die Mietzinstarife der Gemeindewohnungen aufzutreten. Die Vertreter einer Partei nämlich, die eine Erhöhung der Mietzinse verlangt, seien am wenigsten dazu berechtigt.

Wenn man allerdings davon spricht, daß es in Österreich ohne Europalöhne auch keine Europamietzinse geben darf, dann muß gesagt werden, daß die Gemeinde Wien nicht nach diesem Grundsatz handelt. Wenn man die Zinse in den Gemeindewohnungen mit

den durchschnittlichen Einkommensverhältnissen vergleicht, so zeigt sich, daß die Mietzinse zweifellos zu hoch sind. Auch für die angekündigte Regelung der gesamten Wohnungspolitik, die bis Ende 1964 durchgeführt werden soll, könne man keine günstigen Perspektiven sehen. Die ÖVP stehe nach wie vor voll und ganz hinter den Forderungen der Hausbesitzer. Sie verweise dabei auf die Regelung in Westdeutschland. Dort aber hat die Einführung der freien Wohnungswirtschaft verheerende Folgen nach sich gezogen. Die westdeutschen Hausbesitzer legen jetzt die Mieten willkürlich und nur ihren eigenen Interessen entsprechend fest. So werden zum Beispiel für eine als Wohnung vermietete leere Garage 100 DM verlangt, für einen unmöblierten ungeheizten Speicherraum ohne Wasseranschluß 70 DM. In Westdeutschland ist jetzt nicht die Wohnung, sondern die Miete die Sorge Nummer eins. Soweit ist es in einem Land gekommen, wo das verwirklicht wird, was die ÖVP auch für uns verlangt.

Zu einer Tagung der Hauseigentümer hat die ÖVP sogar den Bundeskanzler als ihren Vertreter entsandt. Der Bundeskanzler erklärte auf dieser Tagung, seine Partei werde weiterhin die Interessen der Hausbesitzer vertreten. Aber auch ein Repräsentant der FPÖ stellte auf dieser Tagung fest, seine Partei trete für die Interessen der Hausbesitzer ein. Schließlich aber sei zu bemerken, daß auch in der SPÖ keine Einhelligkeit über die Wohnungsfrage herrsche.

GR. Hausner betont sodann, daß seine Partei im Gemeinderat wiederholt für die Forderungen und Interessen der Mieter eingetreten ist. Sie forderte unter anderem, das Anforderungsrecht der Gemeinden wiederherzustellen, zu verhindern, daß Wohnungen für andere Zwecke benützt werden, dafür zu sorgen, daß keine Delogierungen durchgeführt werden, ohne daß man Ersatzwohnungen zur Verfügung stellt; seine Partei forderte ferner die Steigerung des sozialen Wohnungsbaues, die Schaffung eines Reparaturfonds und die Einführung zinsenloser Kredite für den genossenschaftlichen Wohnhausbau. Da die Wohnungspolitik jedoch nach falschen Grundsätzen betrieben werde, könne seine Fraktion den Ansätzen dieser Geschäftsgruppe nicht zustimmen.

GR. Dr. Helene Stürzer (ÖVP) befaßt sich anschließend mit dem Lager Auhof. Sie weist auf das fürchterliche Elend hin,  
./.

in dem die 290 Familien leben, die dort noch untergebracht sind. Durch den Bau des Autobahn-Zubringers in Auhof wird die Schleifung dieses Lagers notwendig werden. Hier stellt GR. Dr. Stürzer die Frage, ob schon Pläne darüber bestehen, wie dieses Lager ersetzt werden kann und was mit den Familien geschehen soll, die noch dort leben. Jetzt wäre die beste Gelegenheit, ein wirklich modernes Obdachlosenheim zu bauen.

Die Rednerin macht dann Mitteilung davon, daß in einem Unternehmen der Arbeitsgemeinschaft Liesing am schwarzen Brett angekündigt wird, es seien derzeit Gemeindewohnungen ohne Wohnwerberchein und ohne Zuschuß und Ablöse zu erhalten, wobei die Miete pro Monat und Quadratmeter 11 Schilling betrage. Solange wir aber noch krassste Notstandsfälle haben verstehe sie nicht einen solchen Anschlag auf dem schwarzen Brett.

GR. Maller (KLS) regt an, im Amtsblatt der Stadt Wien zu verlautbaren, wer eine Gemeindewohnung bekommen hat, damit das Gerede um die Wohnungsvergebung verstumme. Auch sollte man um einen Mißbrauch zu verhindern, jene Wohnungen verlautbaren, die aus gesundheitlichen Gründen gesperrt wurden.

Der Redner verlangt eine gesetzliche Regelung, damit Familien, die in Untermiete leben, das Hauptmietrecht erhalten, wenn der Hauptmieter sterben sollte.

Er regt ferner eine Initiative im Parlament an, durch die das Recht auf Wohnungstausch gesetzlich geregelt werden sollte.

Heute kann der Hausherr einen Wohnungstausch verhindern.

GR. Hahn (ÖVP) verweist darauf, daß sich die Wohnungssituation auch in diesem Jahr nicht gebessert habe. 1962 hatten 30.598 Familien Vormerkscheine, und heuer sind es immer noch 29.723.

Der Redner regt eine Analyse der Obdachlosenfälle an, man sollte die Fälle genau untersuchen um Grundlagen für die Lösung dieses Problems zu schaffen. Er stellt dazu eine Anfrage an Stadtrat Glaserer.

Aufklärend zu den Ausführungen von GR. Wagner (ÖVP) bemerkt GR. Hahn, es ginge darum, daß der Eingewiesene sich die Wohnung nicht aussuchen kann. In Mietzins bestehen aber beträchtliche Unterschiede.

Die gleiche Wohnungstypen, die im September 468 Schilling Zins gekostet habe, kostet im Dezember bei einem anderen Wohnbau 680 Schilling.

Der Redner fragt dann Stadtrat Glaserer, wieviele Obdachlose heuer Wohnungen im sogenannten Sonderprogramm oder beim Montagebau erhalten haben und wieviele Obdachlose aus gemeindeeigenen Häusern untergebracht wurden.

Zur Neuen Wiener Wohnbauaktion bemerkt der Redner, man habe gehört, daß im Frühjahr eine Neuauflage erfolgen soll. Seine Partei begrüße jeden Weg, der unter Aufbringung von Eigenmitteln die öffentlichen Budgetmittel entlastet. Er müsse aber in aller Offenheit sagen, daß die abgelaufene Aktion nicht nur die Grundpreise in die Höhe getrieben hat, sondern auch die Baupreise. In diesen Wohnungen gibt es auch schon Untermieter, die 2.000 bis 4.000 Schilling bezahlen müssen. (Vizebürgermeister Slavik: Wenn Sie ein paar Adressen wissen, geben Sie mir's!) Der Mißbrauch mit Eigentumswohnungen ist bekannt. Warum, so fragt der Redner, verhindern dann die Sozialisten, daß der entsprechende Gesetzesantrag des Abgeordneten Prinke behandelt wird. In zehn Minuten könnte diese Frage erledigt sein.

Man sollte von der Objektförderung zur Subjektförderung übergehen und leistungsschwachen Mietern eine entsprechende Mietenbeihilfe geben. Die gleiche Stellung nehme der Österreichische Verband gemeinnütziger Wohnungs- und Siedlungsvereine ein. Die Wiener ÖVP werde sich stets gegen eine Lockerung des Kündigungsschutzes aussprechen.

Im Jahr 1963 sei ein neuerliches Absinken der Zahl der fertiggestellten Gemeindewohnungen festzustellen. Die Gesamtzahl der neugebauten Wohnungen in Wien wird 9.000 kaum überschreiten.

Nach einer unveröffentlichten Statistik habe die letzte Häuserzählung im Jahre 1961 bei insgesamt 666.831 Wohnungen folgendes Bild ergeben: Von den Zehn-Zimmer-Wohnungen werden 54 von nur einer Person bewohnt, 162 von zwei Personen, 174 von drei und nur 14 von zehn Personen. Von den Acht-Zimmer-Wohnungen werden 140 von einer Person bewohnt, 414 von zwei, 376 von drei und 18 von zehn Personen. In 11.025 Ein-Zimmer-Wohnungen wohnen vier Personen, in 2.789 fünf, in 688 sechs,

in 199 sieben, in 73 acht, in 21 neun und in 13 zehn Personen. Wir haben somit 14.808 Überbelagsfälle bei Zimmer-Küche-Wohnungen.

Von 1. Jänner bis 31. Oktober wurden durch die Baupolizei 477 Wohnungen für vollkommen unbenützbar erklärt. Dazu kommen Abbruchhäuser. 35 Althäuser wurden gekauft, deren Mieter abgesiedelt werden müssen. Ferner sind Althäuser den Verkehrsverhältnissen zum Opfer gefallen. Von den 3.200 fertig gewordenen Gemeindewohnungen müssen mehr als 1.000 an Personen übergeben werden, die untergebracht werden müssen. Für die 30.000 Besitzer von Vormerkscheinen bleiben also nur etwa mehr als 2.000 Wohnungen.

Das Wohnungsproblem stellt heute kein Politikum dar, da es die Wähler aller Parteien betrifft. Von der Bevölkerung werden in erster Linie die Gemeindemandatare dafür verantwortlich gemacht, daß auf dem Gebiet der Wohnungen das Chaos und die Ungerechtigkeit immer größer werden, obwohl die Mietengesetzgebung Bundesangelegenheit ist. Die Aussicht, im Parlament eine Einigung zu erzielen, sei aber äußerst gering, weil die Verhältnisse in den einzelnen Bundesländern äußerst verschieden sind. So unterliegen in Wien 70 Prozent der Wohnungen dem Mietengesetz, in Niederösterreich 39 Prozent, im Burgenland 17 Prozent, in Oberösterreich 22 Prozent, in Vorarlberg 27 Prozent, und in der Steiermark 46 Prozent.

Die Gemeinderäte der ÖVP legen einen Antrag vor, der auf dem Sektor der Gemeindebauten eine gewisse Erleichterung schaffen soll. In diesem Antrag wird verlangt, der Gemeinderat möge eine Neuorganisation des Wohnbaues in Wien beschließen, die folgende Richtlinien berücksichtigt:

1. Der kommunale Wohnbau ohne Luxusausstattung soll ausschließlich den echten Notstandsfällen vorbehalten bleiben. -
2. Das sogenannte Sonderbauprogramm der Gemeinde soll gemeinnützigen Genossenschaften und Wohnbaugesellschaften übertragen werden, wobei folgende Grundsätze zu gelten hätten: Die Gemeinde stellt aufgeschlossenen Baugrund zur Verfügung; jeder Wohnungswerber hat zehn Prozent der gesamten Baukosten durch Eigenmittel aufzubringen; die Finanzierung der Wohnbauten hat sowohl aus den

bisherigen Bundesmitteln wie auch aus Budgetmitteln der Gemeinde zu erfolgen; bei der Vergebung der Wohnungen wäre je ein Drittel für Wohnungsuchende mit Vormerkschein, für Jungverheiratete oder kurz vor der Ehe stehende Jugendwohnsparerer und sonstige Wohnungsbedürftige zu geben. - 3. Die Gemeinde Wien soll darüber hinaus Wohnungsuchenden, die nicht über die notwendigen Eigenmittel verfügen und beim Wohnungsamt der Gemeinde Wien vorgemerkt sind bzw. werden, individuelle Baukostenzuschüsse gewähren.

Der Bau der Gemeindewohnungen war für die Mehrheitspartei seit eh und je ein Politikum, sagt der ÖVP-Redner. Jetzt sei die Zeit gekommen, hier neue Wege zu suchen und gemeinsam ein neues Konzept zu erarbeiten. Die ÖVP werde den Ansätzen des Kapitels IX ihre Zustimmung erteilen.

GR. Windisch (SPÖ) verweist darauf, daß der Gemeinde Wien in den letzten fünf Jahren insgesamt 34.000 Wohnungen zur Vergebung zur Verfügung standen, im Jahr also rund 6.800. 75 Prozent dieser Wohnungen wurden für Einsturz-, Assanierungs-, Obdachlosen- oder Tbc-Fälle, für Überbelag oder Mieter gesundheitsschädlicher Wohnungen, also für die dringendsten Notstandsfälle, verwendet. Es verbleiben also 6.200 Wohnungen, die innerhalb dieser Jahre für andere, jedoch, gleichfalls dringende Zwecke verwendet wurden. Man kann also den Sozialisten keinesfalls den Vorwurf machen, daß sie die Wohnungen nur an Protektionskinder vergeben haben.

Nach der Häuser- und Wohnungszählung vom März 1961 gab es in Wien 676.000 sogenannte Normalwohnungen. Laut Statistik stehen davon 21.000 leer. In dieser Statistik fehlen jedoch noch zirka 10.000 bis 15.000 Einraumwohnungen ohne Nebenraum, die im bisherigen Zählungsergebnis nicht berücksichtigt wurden. Von diesen 676.000 Wohnungen sind wieder 221.560, die nur über einen Wohnraum verfügen. Diese Zahlen zeigen, wie schlecht die Situation noch immer ist, trotz all der Leistungen, die auf diesem Sektor von allen Bauwilligen erbracht wurden. Fast ein Drittel des gesamten Wiener Wohnungsbedarfes besteht also aus Wohnungen, die lediglich über einen Wohnraum verfügen. 20.800 dieser sogenannten Normalwohnungen sind mit zwei oder mehr Haushalten

belegt. Die meisten von ihnen sind beim Wohnungsamt nicht vorgemerkt, weil sie finden, daß ohnedies wenig Aussicht besteht, zu einer Wohnung zu kommen. Dazu kommen noch die Souterrainwohnungen, gesundheitsschädliche Wohnungen und die vielen Überbelagsfälle. Dazu kommt, daß 64 Prozent dieser Wohnungen bereits vor dem ersten Weltkrieg errichtet wurden und daher den heutigen Verhältnissen kaum mehr entsprechen. An Hand dieser Ziffern kann man erkennen, wie lange es dauern wird, um der qualitativen Notlage Herr zu werden. Eine Modernisierung eines Großteils der alten Wohnungen wird aus technischen Gründen kaum möglich sein.

Wenn GR. Wagner an der Mietzinsbildung der Gemeinde Kritik geübt hat, ist dazu zu sagen, daß die Mietzinse so berechnet werden mußten, daß auch die Reparaturkosten gedeckt werden können. Es kann jedoch niemand behaupten, daß die Gemeinde die Mietzinse so angesetzt hat, daß sie Gewinne erzielt. Die allgemeinen Steuermittel dürften jedoch nicht für die Deckung der Reparaturkosten der städtischen Wohnhäuser verwendet werden.

Die Meinung des GR. Dr. Schmidt, daß die Koalition an der Wohnungsmisere Schuld trage, müßte man energisch zurückweisen. Schuld an dieser schlechten Situation ist die Vergangenheit mit all ihren Sünden auf dem Wohnungssektor. Wenn auch alle Verantwortlichen keine allzu große Freude an den noch vorhandenen Obdachlosenasylen haben, so muß man doch sagen, daß es besser ist in einem Asyl schlafen zu können, als auf einem Bahnhof oder sonstwo, wie es in vielen ausländischen Städten der Fall ist, die immer wieder als Beispiel genannt werden.

Bei mißbräuchlicher Verwendung der Wiener Wohnbauaktion kann das Darlehen gekündigt werden. Sie wurde schließlich nicht dazu geschaffen, für einzelne ein zusätzliches Einkommen zu ermöglichen.

Alle Verantwortlichen müßten auch darauf dringen, daß der gefährlichen Entwicklung, die durch den § 19 des Mietengesetzes hervorgerufen wird, Einhalt geboten wird. Es gibt hunderte solcher Spekulationsfälle, in denen Häuser abgerissen, und die Mieter dadurch obdachlos werden.

GR. Hahn hat darauf verwiesen, daß es in Wien eine Zahl unterbelegter Wohnungen gibt. Die ÖVP-Fraktion dürfe derartige

Beispiele nicht heranziehen, denn sie war es, die für die Abschaffung des alten Wohnungsanforderungsgesetzes, nach dem auch einzelne Räume angefordert werden konnten, eingetreten ist.

Zum Prinke-Antrag: Die Sozialisten haben nicht verhindert, daß dieser Antrag angenommen wird. Sie waren nur dagegen, damit eine Mietzinserhöhung zu verbinden.

Die Ansicht, Wien habe eine verfehlte Wohnungs- und Mietpolitik betrieben, werde schon dadurch widerlegt, daß seit 1948 rund 73.500 Gemeindewohnungen gebaut wurden.

GR. Windisch meint sodann, daß der Einbau einer Zentralheizung in Gemeindehäuser heute kein Luxus mehr ist. Er freue sich auch, daß für 1964 wieder 7,5 Millionen Schilling für den Einbau von Personenaufzügen in Gemeindebauten vorgesehen sind. Man müsse alles dazu tun, um diese Aktion fortzuführen und noch zu erweitern.

Abschließend wiederholt er, daß wirksame gesetzliche Maßnahmen zur gerechten Verteilung der Wohnungen und zur Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus unbedingt vonnöten sind.

Damit ist die Debatte geschlossen.

#### Herzanfall eines Gemeinderates

Um etwa 13.30 Uhr, eben als Stadtrat Glaserer mit dem Schlußwort beginnen will, ereignet sich ein bedauerlicher Zwischenfall. GR. Kohl (SPÖ) bricht auf seinem Platz plötzlich zusammen. Die Gemeinderatskollegen eilen ihm zu Hilfe und betten ihn auf eine Bank an der Saalwand. GR. Dr. Gisel (SPÖ) leistet Erste Hilfe. Der Vorsitzende, GR. Dr. Ing. Hengl (ÖVP) unterbricht während dieser Zeit die Sitzung.

Wenige Minuten später wird GR. Kohl, der offensichtlich eine Herzattacke erlitten hat, aus dem Saal getragen. Die Rettung, die kurze Zeit darauf eintraf, brachte den Patienten ins Floridsdorfer Krankenhaus.

Vorsitzender GR. Dr. Ing. Hengl nimmt die Sitzung wieder auf und wünscht GR. Kohl im Namen aller Anwesenden baldige Besserung.

#### Das Schlußwort zu Wohnungsangelegenheiten

In seinem Schlußwort betont Stadtrat Glaserer zunächst, daß er den Antrag der ÖVP über die "Stabilisierung" der Mieten der

geschäftsordnungsmäßigen Zuweisung empfehlen wird, obwohl in diesem Antrag etwas verlangt wird, was schon da ist, nämlich die Stabilisierung. Er werde die Zuweisung deshalb empfehlen, weil er im Ausschuß den Irrtum berichtigen möchte, in dem GR. Wagner befangen ist.

Ferner sei es unrichtig, von einer Steigerung des Grundzinses von 3.50 auf 5.50 Schilling zu sprechen. Der gegenwärtige Grundzins beträgt nämlich nicht 5.50, sondern etwa vier Schilling. Das erscheine ihm selbst zwar auch noch zu hoch, aber er sehe nicht ein, warum man hier auch noch übertreiben solle.

Stadtrat Glaserer betont sodann, daß bei der Zinsberechnung keineswegs kommerzielle Grundsätze angewendet werden. Wenn wir von "kostendeckend" sprechen, dann bedeutet das lediglich, daß nicht der allgemeine Steuerzahler den besser wohnenden Gemeindemieter subventionieren muß. Tatsächlich wird der gesamte Bauaufwand abgeschrieben, ein Prozent dient zur Verwaltung und Instandhaltung, ein Prozent für Wertabschreibung. Einem, der in eine gute Wohnung kommt, ist auch zuzumuten, daß er einen kleinen Beitrag für den leistet, der noch in einer schlechten Wohnung sitzen und dafür einen höheren Zins bezahlen muß als der Mieter in einer Modernen.

Sodann sagt der Berichterstatter: GR. Dr. Schmidt habe eine neue Terminologie geprägt, wenn er nicht mehr "Protektion", sondern "Beziehung" sagt. Damit meint er jedoch dasselbe. Wenn wir es so darstellen, als ob man alles mit Beziehungen bekommen könne, dann treiben wir die Menschen den Wohnungsschwindlern in die Hände. Natürlich werden von den Wählern an die Gemeinderäte Wohnungsfälle herangetragen. Weil wir aber nicht in der Lage sind, alle gleichgelagerten Fälle sofort zu erledigen, muß der Eindruck einer Protektionswirtschaft entstehen. In Wirklichkeit vergeben wir jedoch den allergrößten Teil der Wohnungen, ohne daß von Gemeinderäten interveniert wird.

Zur Forderung nach Festsetzung von Einkommensgrenzen sagt Stadtrat Glaserer, daß er sich gegen eine solche Festsetzung wehre. Selbstverständlich aber diene das Einkommen auch als Grundlage für die Zuweisung einer Wohnung.

Einem Wohnungstausch wird in der Regel zugestimmt, allerdings mit zwei Ausnahmen. Auf dem gemeindeeigenen Sektor darf dadurch

kein neuer Überbelag in den Wohnungen entstehen, auf dem privaten Sektor stimmen wir nur dann zu, wenn nicht zu viel Geld verlangt wird.

Zum Problem des Lagers Auhof, betont Glaserer, er wisse genau, daß dieses Lager nicht gerade eine nette Visitenkarte darstelle. Aber auch dieses Problem sei wenigstens zur Hälfte mehr ein soziales als ein Wohnungsproblem. Wenn das Lager jedoch abgerissen werde, müsse man an einer anderen Stelle etwas ähnliches errichten, was man in Wirklichkeit gar nicht gern tue.

Ein großer Teil der in den Obdachlosenheimen Kastanienallee und Gänsbachergasse Wohnenden ist nur bereit in eine neue Gemeindewohnung einzuziehen. Sie wohnen lieber weiter dort, bevor sie in eine alte Wohnung einziehen.

Über das "Prinkegesetz" und die Koppelung damit ist schon einmal gesprochen worden.

"Kommunaler Wohnbau, aber ohne Luxusausstattung": Wir haben keine Luxusausstattung. Unsere Wohnungen sind so ausgestattet, daß sie in die heutige Zeit hineinpassen. Eine Verschlechterung werden wir nie durchführen! (Beifall bei der SPÖ)

GR. Hahn hätte nicht so diskret zu sein brauchen. In der Angelegenheit Eminger-Ecke hat Stadtrat Heller interveniert als Mandatar des 2. Bezirkes, damit nicht 27 Wohnparteien auf dem Pflaster liegen. Wir haben so abgeschlossen, daß wir die Mieter unterbringen, aber dieselbe Zahl von Wohnungen bekommen, die nicht im Wohnungseigentum stehen. Hier ist also nichts geschehen, was irgendwie verborgen bleiben müßte.

Man soll uns alle miteinander doch nicht schlechter machen als wir sind. Muß ich es immer wieder sagen, daß wir 1913 eine Zweimillionenstadt waren, und daß wir heute um 300.000 Einwohner weniger haben aber um mehr als 100.000 Wohnungen mehr.

Wenn GR. Hahn betont hat, daß die Anträge sozusagen geistiges Eigentum der ÖVP seien, antwortet der Referent: Sie brauchen keine Angst zu haben, daß sich die Sozialisten mit den Federn des GR. Hahn schmücken werden. (Zwischenrufe bei der SPÖ: Mit Hahnenfedern!)

Wir leiden noch immer an der Zeit, als die Industrie in Wien groß wurde und die Arbeiter in die Stadt strömten. Damals

wurden Wohnungen für die Arbeiter gebaut, die schon beim Entstehen bar jedes Komforts waren.

GR. Dr. Schmidt habe nur die Hälfte gesagt, als er von der Pressekonferenz sprach. Ich habe gesagt, betont Stadtrat Glaserer, eine Mietenerhöhung "mal vier" kommt überhaupt nicht in Frage.

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des IX. Hauptstückes mit den Stimmen der SPÖ und der ÖVP angenommen. Die Anträge und die Anfrage der ÖVP werden einstimmig der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Der Vorsitzende GR. Dr. Dipl.-Ing. Hengl unterbricht die Sitzung.

Die Beratungen werden morgen Dienstag, um 9 Uhr, mit der Behandlung der Geschäftsgruppe X (Wirtschaftsangelegenheiten) fortgesetzt. Referent ist Stadtrat Bauer (ÖVP).

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -

## Kein Engpaß in der Koksversorgung

=====

16. Dezember (RK) Wie die Wiener Gaswerke der "Rathaus-Korrespondenz" mitteilen, kann die eine Hälfte der Koksauflagerung, die gestern durch den Brand schwer in Mitleidenschaft gezogen wurde; ab morgen abend wieder ihren Betrieb aufnehmen. Die Gaswerke hoffen, die zweite Hälfte der Anlage bereits bis Monatsende wieder herstellen zu können. Die Koksproduktion erleidet somit nur eine kurze Verzögerung, die jedoch leicht aufgeholt werden kann, umso mehr, als heute und morgen der Koks von Leopoldau in Lastwagen ins Werk Simmering gebracht wird, wo man die Koksauflagerung durchführt. Die Wiener können beruhigt sein, es wird also zu keinem Engpaß in der Koksversorgung kommen.

Daß selbstverständlich auch die Gasproduktion keine Störung erleidet, ist bereits mitgeteilt worden.

- - -

## Das "Gute Bild für jeden" - auch bei Dieben gefragt

=====

16. Dezember (RK) In der Verkaufsausstellung "Das gute Bild für jeden", die derzeit vom Kulturamt der Stadt Wien gemeinsam mit der Wiener Künstlerschaft im Französischen Saal des Künstlerhauses veranstaltet wird, ist gestern abend ein Ölbild von Kurt Mikula im Anbotswert von 2.500 Schilling entwendet worden. Das in Mischtechnik ausgeführte Werk trägt die Bezeichnung "Amphibium" und hat samt Rahmen ein Format von 30 x 40 Zentimeter.

In der Ausstellung "Das gute Bild für jeden", die täglich, auch Sonntag, geöffnet ist, wurden somit bis gestern abend 284 Werke im Wert von 156.043 Schilling verkauft und um 2.500 Schilling gestohlen.

- - -

Glückwünsche für Lily Weiser-Aall und Karl Hans Jüllig  
=====

16. Dezember (RK) Zum Geburtstag der Hauptkustodin des Volkskundemuseums in Oslo, Frau Dr. phil. Lily Weiser-Aall haben Bürgermeister Jonas und Vizebürgermeister Mandl der Jubilarin, die in Wien geboren wurde und hier ihr volkskundliches Studium absolvierte, auf schriftlichem Wege herzlich gratuliert.

Zum 75. Geburtstag des Schriftstellers Karl Hans Jüllig hat Vizebürgermeister Mandl dem Jubilar ein in herzlichen Worten gehaltenes Glückwunschsreiben und eine Ehrengabe übermittelt. Karl Hans Jüllig hat sowohl auf dramatischem als auch auf lyrischem und epischem Gebiet wertvolle Leistungen erbracht.

- - -

Glückwünsche der Stadt Wien für Prof. Lagler und Prof. Rohm  
=====

16. Dezember (RK) Zum 60. Geburtstag von Universitätsprofessor Dr. Ernst Lagler und Professor Wilhelm Rohm hat Vizebürgermeister Mandl beiden Jubilaren in herzlichen Worten gehaltene Glückwunschsreiben übermittelt.

Universitätsprofessor Ernst Lagler ist nicht nur durch seine Volkswirtschaftslehre, sondern auch als Vorstand des Institutes für Agrarpolitik und als Fachmann für Bergwesen international bekannt geworden.

Professor Rohm, der nach dem Krieg die Leitung der Musikabteilung des Österreichischen Bundesverlages übernahm, sowie als geschäftsführender Vorstand der Arbeitsgemeinschaft der Musikerzieher Österreichs wirkte, hat sich um die Wiederbelebung der Hausmusik besonders verdient gemacht.

- - -

Sport-, Turn- und Wasserrettungsabzeichen für Wiener Feuerwehrleute

16. Dezember (RK) Im Festsaal der Zentralfeuerwache Am Hof überreichte heute vormittag Branddirektor Dipl.-Ing. Havelka an 92 Beamte der Feuerwehr das österreichische Sport- und Turnabzeichen und an 93 Beamte das Abzeichen der Österreichischen Wasserrettung. An der Feier nahmen außer den leitenden Feuerwehroffizieren auch der Präsident der Österreichischen Wasserrettung Major Zügner, sowie Vertreter der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten und der Sport- und Kulturvereinigung der Feuerwehr der Stadt Wien teil.

In einer kurzen Ansprache gab der Branddirektor seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß so viele Beamte die beiden Abzeichen erworben haben, die gerade für den Dienst eines Feuerwehrmannes von besonderer Bedeutung sind. Im ganzen besitzen zur Zeit 297 Feuerwehrbeamte der Stadt Wien die verschiedenen Stufen des österreichischen Sport- und Turnabzeichens und 214 Beamte die verschiedenen Stufen des Wasserrettungsabzeichens. Er hob das Bestreben des Feuerwehrkommandos hervor, den Erwerb dieser Abzeichen auch in Zukunft nach Kräften zu fördern.

Vor der Überreichung dieser Abzeichen übergab Major Zügner an drei Feuerwehrbeamte die Ehrenzeichen der Österreichischen Wasserrettung für besondere Verdienste auf diesem Gebiet. Hierzu erklärte Major Zügner, daß den Feuerwehren, nicht nur in Wien, sondern vor allem den vielen Freiwilligen Feuerwehren in den Bundesländern, eine besondere Rolle als Träger des Gedankens der Wasserrettung zukomme.

- - -

21 Künstler erhalten Förderungsbeiträge aus dem Wiener Kunstfonds

16. Dezember (RK) Am Mittwoch, dem 18. Dezember, findet um 17 Uhr im Festsaal der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien, Altes Rathaus, 1, Wipplingerstraße 4-8, die 14. Verleihung von Förderungsbeiträgen aus dem Wiener Kunstfonds statt. 21 Wiener Künstlern werden Förderungsbeiträge überreicht.

- - -

Streuen, Streuen, Streuen!

=====

16. Dezember (RK) Zum Wochenende führte die Stadtreinigung intensive Streuaktionen durch, mit denen auch an Sonntag 776 Arbeitskräfte, darunter 165 aufgenommene Arbeiter, sowie 110 Fahrzeuge beschäftigt waren.

Heute, Montag früh, mußte wieder die Vorverlegung der Dienstzeit angeordnet werden. In Dienst standen 852 eigene Mannschaften und 266 fremde Arbeitskräfte. Elf Schneepflüge und 97 Streufahrzeuge sowie 15 Ladegeräte waren eingesetzt.

- - -

Antrittsbesuch des jugoslawischen Botschafters

=====

16. Dezember (RK) Der neue jugoslawische Botschafter in Wien Vjekoslav Frpic stattete heute vormittag Bürgermeister Jonas in Rathaus seinen Antrittsbesuch ab.

- - -

Rinderhauptmarkt vom 16. Dezember  
=====

16. Dezember (RK) Unverkauft von der Vorwoche: 0. Neuzufuhren Inland: 94 Ochsen, 280 Stiere, 878 Kühe, 156 Kalbinnen, Summe 1.408; Polen: 6 Stiere; Ungarn: 4 Ochsen, 1 Kuh, 25 Kalbinnen, Summe 30. Gesamtauftrieb: 98 Ochsen, 286 Stiere, 879 Kühe, 181 Kalbinnen, Summe 1.444. Verkauft wurden: 98 Ochsen, 281 Stiere, 879 Kühe, 180 Kalbinnen, Summe 1.438. Unverkauft blieben: 5 Stiere, 1 Kalbin, Summe 6. (Inland.)

Preise: Ochsen 11.20 bis 13.80 S, extrem 14 bis 14.20 S, Stiere 11.50 bis 13.90 S, extrem 14 bis 14.50 S, Kühe 9.50 bis 11.20 S, extrem 11.30 bis 12 S, Kalbinnen 11.50 bis 13.60 S, extrem 13.70 bis 14 S, Beinlvieh Kühe 7.50 bis 9.50 S, Ochsen und Kalbinnen 9 bis 11.40 S.

Der Durchschnittspreis ermäßigte sich bei Ochsen um 35 Groschen und bei Kalbinnen um zwölf Groschen je Kilogramm, er erhöhte sich bei Kühen um vier und bei Stieren um fünf Groschen je Kilogramm. Er beträgt für: Ochsen 11.75 S, Stiere 13.01 S, Kühe 9.86 S, Kalbinnen 12.20 S. Beinlvieh notierte unverändert.

Auslandsschlachthof: Polnische Stiere 12.80 S, ungarische Ochsen 12.80 bis 13.30 S, ungarische Kühe 11.50, Kalbinnen 12.50 bis 13.50 S.

In der Woche vom 7. bis 13. Dezember wurden 280 Rinder außer Markt bezogen.

- - -